

Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am:
17.03.2018)

Titel: Bayern - bunt, frei, sicher

Text

1 **3. Bayern – bunt, frei, sicher**

2 Bayern ist bunt, es ist ein Land der Vielfalt geworden. Ein Land, in dem alle
3 die Chance haben sollen, in Freiheit und Sicherheit zu leben; ein demokratisches
4 Land mit einer breiten Kultur- und Medienlandschaft.

5 **3.1 Ja zur Demokratie – Nein zu Hass und Hetze!**

6 Menschenfeindlichkeit, rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten und
7 rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft steigen seit Jahren. Menschen
8 werden Opfer von rechter Gewalt. Hass und Hetze sowie Alltagsrassismus nehmen
9 online und offline zu. Mit großer Sorge beobachten wir seit vielen Jahren
10 demokratiefeindliche Bestrebungen. **Wir stehen fest auf dem Fundament der**
11 **Grundwerte unserer Verfassung und an der Seite aller Demokrat*innen.** Für uns ist
12 klar:

13 Die **Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus und Rassismus** machen wir mit zur
14 obersten Priorität. Den **Ermittlungs- und Fahndungsdruck** werden wir deutlich
15 erhöhen. Rechtsextreme und Reichsbürger*innen sind zu entwaffnen und aus dem
16 öffentlichen Dienst zu entlassen. Verbote von Neonaziparteien und -gruppierungen
17 prüfen wir; neue rechtsextreme Gruppierungen müssen von den Sicherheitsbehörden
18 intensiver in den Blick genommen werden. Wir werden Schutzkonzepte für besonders
19 gefährdete Orte entwickeln. Niemand darf sich sicher fühlen, wenn er zur Gewalt
20 aufruft und andere menschenverachtend beleidigt oder bedroht – das gilt auch im
21 Internet. Das geltende Recht gegen strafbare Inhalte muss konsequent angewandt

22 werden. Dafür wollen wir **Polizei und Justiz besser ausstatten** und richten
23 Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zur Verfolgung von Online-Hasskriminalität ein.

24 Wir brauchen in Bayern ein wirkungsvolles **Konzept gegen Rechtsextremismus,**
25 **Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,** das alle
26 demokratischen Kräfte einbezieht und bündelt. Wir richten eine
27 „Koordinierungsstelle Demokratie“ ein, die das Verwaltungshandeln über alle
28 Ebenen hinweg koordiniert und sensibilisiert und sich mit der Zivilgesellschaft
29 vernetzt. Und wir legen ein bayerisches Förder- und Aktionsprogramm zur **Stärkung**
30 **der Zivilgesellschaft** auf. Wir planen die Einrichtung bzw. stärkere
31 Unterstützung unabhängiger, landesweiter, professioneller Beratungsstellen im
32 Bereich Antidiskriminierung, Opferberatung und mobile Beratung sowie
33 Aussteigerhilfen. Die Angebote zur **schulischen und außerschulischen**
34 **Demokratiebildung** und zur aufsuchenden Jugendarbeit werden wir stärken. Mit uns
35 gibt es endlich eine **Bayerische Antidiskriminierungsstelle**.

36 Der Ruf nur nach Institutionen reicht nicht: **Jede und jeder einzelne trägt**
37 **Verantwortung in der Auseinandersetzung mit rechtem und menschenverachtendem**
38 **Gedankengut**. Nur, wenn wir alle Position beziehen und uns klar für ein
39 friedliches und tolerantes Miteinander engagieren, schaffen wir ein
40 gesellschaftliches Klima, das dem Treiben der rechten Ideologen einen Riegel
41 vorschiebt.

42 **3.2 Frei und sicher in Bayern leben**

43 Unser Bayern ist ein sicheres Land. Das zeigen die Kriminalstatistik und die
44 gute Arbeit von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Polizei. Trotzdem sind Menschen
45 um ihre Sicherheit besorgt. Grün ist, wenn die Menschen in Bayern frei und in
46 Sicherheit leben.

47 **Bürgernahe Polizei**

48 Wir stehen für innere Sicherheit mit Vernunft und Augenmaß. Dafür brauchen wir
49 intakte staatliche Institutionen, rechtsstaatliche Verfahren und die Wahrung der
50 Bürgerrechte. Wir wollen eine **zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr** durch
51 eine starke und bürgernahe Polizei. Und wir denken Sicherheitspolitik umfassend
52 weiter: Prävention, Bildung, Deradikalisierung, Sozialpolitik, Klimaschutz und
53 Entwicklungszusammenarbeit gehören für uns dazu. **Wir schützen Rettungskräfte,**
54 **Feuerwehr und Polizei** mit einem Maßnahmenpaket vor Gewalt.

55 Wir **stärken die Polizei personell**, sorgen für gute Ausstattung und fördern die
56 Vielfalt innerhalb der Polizei. Wir entlasten die Polizei von weniger dringenden
57 Aufgaben und modernisieren Aus- und Fortbildung. Mit uns gibt es die
58 individuelle Kennzeichnung **für uniformierte Polizeibeamt*innen** und **eine*n**
59 **unabhängige*n Polizeibeauftragte*n**.

60 Die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität werden wir intensivieren.
61 Wir wollen mehr IT-Spezialist*innen und schulen die Beamt*innen flächendeckend
62 in diesem Bereich. Die Ermittlungsteams im Darknet werden wir ausbauen und das

63 **Waffenrecht verschärfen.** Die IT-Sicherheit werden wir verstärken, insbesondere
64 zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Dazu müssen die unterschiedlichsten
65 Zuständigkeiten des Freistaats gebündelt werden.

66 **Prävention ausweiten**

67 Vorsorge ist die beste Nachsorge – eine frühzeitige und umfassende
68 **Präventionsarbeit** ist für uns entscheidend, um Kriminalität erfolgreich
69 einzudämmen. Ansatzpunkte bieten Früherkennung, Bildungs- und
70 Deradikalisierungsmaßnahmen. Zur Gewaltprävention gehören auch der Opferschutz
71 und die Resozialisierung von Straftäter*innen. Zivilcourage zur Verhinderung von
72 Straftaten fördern wir. Mit uns gibt es ein **Maßnahmenpaket gegen**
73 **Wohnungseinbruch**, dazu gehören geschulte Einbruchsachbearbeiter*innen für
74 schnellere Fallaufklärung, genauso wie einheitliche Fallbearbeitungssysteme.
75 Präventionsmaßnahmen unterstützen wir und bekämpfen darüber hinaus die Ursachen.

76 Die aktuellen Bedrohungen stellen neue Anforderungen an die Gefahrenabwehr. Wir
77 stehen einer **Reform der Struktur der Sicherheitsbehörden** in Deutschland offen
78 gegenüber. Bis dahin werden wir in Bayern das Landesamt für Verfassungsschutz
79 (BayLfV) zu einer Behörde umbauen, die keine V-Leute einsetzt und eng mit
80 Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeitet. Die parlamentarische
81 Kontrolle werden wir stärken.

82 Terrorismus bekämpfen wir effektiv und zielgerichtet, dafür werden wir
83 Gefährder*innen engmaschig überwachen und deren Strukturen lückenlos aufklären.
84 Wir sorgen dafür, dass die geltenden Gesetze konsequent angewendet werden.
85 **Europäische Zusammenarbeit ist ein Kernelement grüner Sicherheitspolitik** – wir
86 wollen mehr Vernetzung, Austausch und Zusammenarbeit.

87 **3.3 Aufbruch zu einer modernen Rechtspolitik**

88 **Gerechtigkeit, Freiheit, Sicherheit und Solidarität** sind grundlegende
89 Voraussetzungen für ein glückliches Leben in einer friedlichen Gesellschaft.
90 Unsere Rechtspolitik will diese Werte verwirklichen. Besonders achten wir die
91 Interessen der Opfer von Straftaten und streben mit unserer Politik an,
92 Verbrechen zu verhindern.

93 **Unabhängige Justiz**

94 **Eine gerechte Justiz braucht eine angemessene Ausstattung.** Dafür werden wir die
95 Haushaltsmittel erheblich erhöhen, damit weitere Richter*innen,
96 Staatsanwält*innen und vor allem mehr Justizbedienstete angestellt und
97 angemessen bezahlt, Gebäude saniert und notwendige Ausstattung angeschafft
98 werden können.

99 Die Unabhängigkeit der Justiz ist für uns zentral. Das **Prinzip der**
100 **Gewaltenteilung** wird bei der Justiz durchbrochen, denn sie wird von der
101 Staatsregierung verwaltet. Das gefährdet die Unabhängigkeit der Rechtsprechung.

102 Die Justiz soll sich künftig eigenverantwortlich und autonom selbstverwalten.
103 Das Weisungsrecht der Staatsregierung gegenüber den Staatsanwaltschaften werden
104 wir abschaffen und die Auswahl der Richter*innen wird durch Wahlgremien
105 erfolgen. Bei der Wahl der Verfassungsrichter*innen muss künftig eine 2/3-
106 Mehrheit im Landtag erforderlich sein.

107 Selbst im menschenmöglich besten System wird es immer wieder zu Fehlern kommen.
108 Darum werden wir einen **Justizopferentschädigungsfonds** einrichten, um wenigstens
109 materielle Folgen von Fehlurteilen auszugleichen. Zur besseren Unterstützung der
110 Opfer von Straftaten werden wir die **Opferhilfe Bayern** stärken und mit deutlich
111 mehr finanziellen Mitteln ausstatten.

112 **Resozialisierung**

113 Der beste Schutz vor weiteren Straftaten ist, wenn Straftäter*innen künftig
114 straffrei leben. Deswegen stellen wir das **Resozialisierungsziel im Strafvollzug**
115 klar in den Vordergrund: Der bayerische Strafvollzug braucht dafür neue
116 inhaltliche Vorgaben, mehr Personal - insbesondere im Bereich der
117 Sozialarbeiter*innen – sowie geeignete Gebäude. Wir werden den Offenen Vollzug
118 ausweiten, mehr Therapieangebote schaffen, die Haftbedingungen modernisieren,
119 die Anstaltsbeiräte vergrößern und das Strafvollzugsgesetz reformieren.

120 Wir werden ein **Landesresozialisierungsgesetz** erarbeiten, um die vielen
121 Akteur*innen in diesem Bereich wesentlich besser auszustatten, zu unterstützen
122 und zu vernetzen.

123 Die Grundrechte der Menschen in Bayern wollen wir besser schützen und setzen uns
124 deshalb für eine wirkungsvollere Bearbeitung von Petitionen ein. Wir werden
125 dafür eine unabhängige gut ausgestattete **Bürgerbeauftragte** berufen.

126 **Eine moderne Rechtspolitik für Bayern ist grün.** Sie sichert Grundrechte und
127 schafft die Voraussetzung für ein Leben in Gerechtigkeit, Freiheit und
128 Sicherheit.

129 **3.4 Mitmachen und Mitbestimmen**

130 Wir wollen, dass die Menschen ihr Bayern mehr mitgestalten und mitbestimmen
131 können. **Ehrenamtliche leisten einen sehr wichtigen Beitrag für unser**
132 **Zusammenleben.** Mit ihrem Engagement stärken sie das Rückgrat der Demokratie und
133 sind eine wichtige Säule unseres Gemeinwesens. Damit die Herausforderungen nicht
134 zu Überforderungen werden, braucht es unterstützende Rahmenbedingungen, wie
135 bessere Strukturen, mehr Unterstützung für die Weiterbildung von Freiwilligen
136 und eine qualifizierte Begleitung durch hauptamtlich Tätige. Wir wollen
137 ehrenamtliche Einsatzkräfte auch für ihre Ausbildungs- und Trainingszeiten
138 freistellen und den gesetzlichen Freistellungsanspruch für die ehrenamtliche
139 Wahrnehmung eines kommunalen Mandats umsetzen.

140 Fürs Mitmachen und Mitbestimmen brauchen die Bürger*innen Informationen. Wir

141 werden endlich die **Informationsfreiheit in Bayern** umsetzen nach dem Grundsatz:
142 Öffentliche Informationen sollen öffentlich gemacht werden, private
143 Informationen bleiben privat. Mit unserem Transparenzgesetz legen wir die
144 Grundlagen für ein umfassendes Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht für alle. Das
145 Auskunftsrecht für Kommunalpolitiker*innen werden wir verbessern. Wir werden die
146 Kommunen bei der Entwicklung von Strategien für ein **zeitgemäßes Open- und E-**
147 **Government** unterstützen. Damit senken wir Bürokratiekosten, schaffen einen
148 bürgerfreundlichen Zugang zu kommunalen Dienstleistungen, bauen Barrieren ab und
149 machen die gesamte Verwaltung innovativer und bürgerfreundlicher.

150 **Mehr Demokratie!**

151 Mit uns gibt es das **Wahlalter 16**. Wahlunterlagen gibt es in Zukunft in leichter
152 Sprache. Jugendparlamente werden direkt gewählt und die Bürgerversammlungen sind
153 offen für alle Einwohner*innen unabhängig von Staatsangehörigkeit und Alter.
154 Durch schnellere und vereinfachte Einbürgerungsverfahren (kürzere Fristen,
155 niedrigere Gebühren, Mehrstaatlichkeit u.a.) erreichen wir, dass alle, die
156 dauerhaft in Bayern leben, hier auch wählen können.

157 Wir stärken die **direkte Demokratie durch mehr Bürger*innenbeteiligung**: Die
158 Hürden für Volksbegehren werden gesenkt und Volksentscheide auch ermöglicht,
159 wenn sie finanzielle Auswirkungen haben könnten oder nur einzelne Maßnahmen
160 betreffen. Bei dem Erfolgsmodell Bürgerentscheide gehen wir voran und werden
161 u.a. deren Bindungswirkung verlängern. Wir stehen **innovativen**
162 **Beteiligungsmodellen** wie Planungszellen, Bürgergutachten, adhocracy-Software und
163 Bürgerworkshops offen gegenüber und wollen diese in ganz Bayern erproben.

164 Zur Demokratie gehört die **Stärkung der Grund- und Bürgerrechte**. Deshalb werden
165 wir ein Versammlungsfreiheitsgesetz erlassen und uns weiter dafür einsetzen,
166 dass das Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz nicht aufgeweicht
167 wird.

168 Durch eine Verfassungsänderung wollen wir das Mindestalter von 40 Jahren für
169 Ministerpräsident*innen streichen.

170 **3.5 Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben**

171 Wir machen immer und überall feministische Politik. Feminismus ist für uns ein
172 eigenständiges Politikfeld und zugleich Querschnittsaufgabe in allen
173 Gesellschaftsbereichen. Nur eine **selbstverständlich gelebte**
174 **Geschlechtergerechtigkeit** in Bayern sichert die Stabilität unserer Gesellschaft,
175 baut das Potenzial unserer Wirtschaft aus und stärkt unsere Demokratie. Jede*r
176 Einzelne soll sich nach eigenen Wünschen und Fähigkeiten entfalten und an der
177 Gesellschaft teilhaben können, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität,
178 sozialer oder ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder Aussehen.

179 In den letzten 40 Jahren haben die Frauenbewegung und wir GRÜNEN einen Wandel in
180 Gesellschaft und Politik bewirkt. Aber es gibt noch viel zu tun: In Bayern ist
181 der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen von allen Bundesländern am größten

182 und das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder besonders schlecht.
183 Alle Diskriminierungen und Benachteiligungen von Frauen und Mädchen gilt es
184 endlich zu beseitigen. **Gleichstellung „passiert“ nicht von selbst**, deshalb
185 setzen wir uns dafür ein.

186 Wir stehen für eine freie Berufswahl und die **Überwindung überholter**
187 **Rollenbilder**. Erzieher*innen und Lehrer*innen sollen in der Aus- und Fortbildung
188 lernen, geschlechtersensibles Denken und Handeln sowie geschlechtergerechte
189 Sprache zu vermitteln. Alle Lehrmaterialien müssen auf Klischees überprüft und
190 überarbeitet werden.

191 Gleichberechtigung heißt **gleiche Bezahlung von Frauen und Männern** für
192 gleichwertige Arbeit. Wir wollen mehr Frauen in allen Führungsebenen, ob in
193 Unternehmen, Hochschulen, Medien oder Kultureinrichtungen. In Aufsichtsräten, im
194 Öffentlichen Dienst und bei Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz des Landes
195 Bayern sind, erreichen wir das durch verbindliche Quoten.
196 Geschlechtergerechtigkeit muss ein Förderkriterium bei der Vergabe von
197 staatlichen Geldern werden.

198 Wir wollen eine gleichberechtigte Vertretung in allen Parlamenten (Parité).
199 Deshalb setzen wir uns ein für eine **Reform des Wahlrechts**, die eine 50%-Quote
200 für Frauen für alle Wahllisten vorsieht.

201 **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** für alle zeichnet eine erfolgreiche
202 Gleichstellungspolitik aus. Wir wollen das Betreuungsgeld abschaffen, denn es
203 zementiert nicht nur ein Rollenmodell, sondern führt geradewegs in die
204 Altersarmut von Frauen. Stattdessen fördern wir Familien mit Kindern,
205 insbesondere auch Alleinerziehende, und unterstützen flexible
206 Arbeitszeitmodelle. Wir bauen Kinderbetreuungsangebote aus und verbessern ihre
207 Qualität, flexibilisieren die Öffnungszeiten und setzen uns für mehr Akzeptanz
208 und Angebote für Mütter und Väter in Unternehmen ein.

209 **Gewalt gegen Frauen und Mädchen** tolerieren wir in keiner Form. Wir schaffen
210 tragfähige Strukturen, die Hate Speech, Belästigung, sexualisierter und
211 häuslicher Gewalt **wirksam entgegenwirken**. Immer mehr gewaltbetroffene Frauen und
212 Mädchen suchen Hilfe bei Beratungsstellen und in Frauenhäusern, deren personelle
213 und finanzielle Situation prekär ist. Wir werden Frauennotrufe, Beratungsstellen
214 und Frauenhäuser personell und finanziell so ausstatten, dass sie ihre Arbeit
215 gut machen können, auch im Bereich Prävention und Beratung. Außerdem bauen wir
216 die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Opfer von sexualisierter Gewalt,
217 Stalking und Cybermobbing aus. Für vergewaltigte Frauen muss eine qualifizierte
218 Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und einer
219 Notfallverhütung in allen Krankenhäusern sichergestellt werden.

220 **Prostitution in Bayern** wollen wir **aus der gesellschaftlichen Grauzone holen**, die
221 Situation von Sexarbeiter*innen verbessern und der Zwangsprostitution sowie dem
222 damit einhergehenden Menschenhandel mit wirksamen Maßnahmen auf Landesebene
223 entgegenwirken.

224 3.6 Weltoffenes und queeres Bayern

225 Wir treten für ein weltoffenes, buntes und sicheres Bayern für alle ein und
226 kämpfen für Freiheit und Anerkennung, Respekt und Akzeptanz für alle Menschen.
227 Ein selbstbestimmtes Leben muss für jede*n jederzeit und an jedem Ort ohne Angst
228 möglich sein.

229 Die Ehe wurde letztes Jahr für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Unser
230 jahrzehntelanger Kampf hat sich gelohnt. Doch es bleibt noch viel zu tun für
231 uns, um eine **vollständige Gleichstellung für Lesben, Schwule, Bisexuelle,**
232 **Trans*, Intersexuelle und Queers (LSBTIQ*)** in Bayern zu erreichen. Wir werden
233 einen **Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz**
234 **sexueller Vielfalt** auflegen, um alltägliche Diskriminierung, Intoleranz und
235 Anfeindungen bis hin zu gewaltsamen Übergriffen zu beenden.

236 Was in den Ballungszentren vielfach von engagierten Institutionen angeboten
237 wird, fehlt im ländlichen Raum in ganz Bayern nahezu vollständig. Wir schaffen
238 **niederschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote** für Kinder, Jugendliche
239 und Erwachsene. Zum anderen setzen wir auf Kampagnen zur Steigerung von
240 Akzeptanz in Tagesstätten, Schulen und Ausbildungsstellen.

241 Der Bildungsplan bedarf dringend einer Überarbeitung, um den Schutz von queeren
242 Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Wir fordern deshalb eine deutlich
243 erhöhte Sichtbarkeit aller Formen sexueller Vielfalt in den Lehrplänen und
244 setzen **auf Schulung sowie Ausbildung des pädagogischen und psychologischen**
245 **Personals**. Ungerechtigkeiten lassen sich nur beseitigen, wenn wir die Ursachen
246 kennen und fundierte Fakten haben. Darum fördern wir die **Geschlechter- und**
247 **Genderforschung an Bayerischen Hochschulen**.

248 Wir brauchen umfassende **Präventionsmaßnahmen** gegen LSBTIQ*-feindliche
249 Kriminalität und **Beratungsstellen für Opfer bei Polizei oder Staatsanwaltschaft**.
250 Straftaten, die sich gegen LSBTIQ* richten, müssen konsequent polizeilich
251 erfasst und verfolgt werden. Mit uns gibt es endlich eine Bayerische
252 Antidiskriminierungsstelle. Fachkräfte bei der Polizei und im Gesundheitswesen
253 sensibilisieren wir.

254 Wir wollen das Verwaltungspersonal schulen und sensibilisieren, um die Rechte
255 von **Trans*personen** zu wahren, zum Beispiel durch eine höhere Akzeptanz des DGTI-
256 Ergänzungsausweises als Zusatzdokument.

257 Wir schaffen einen besseren, diskriminierungsfreien Zugang zu den notwendigen
258 psychosozialen und psychologischen Beratungsangeboten für **intersexuelle**
259 **Personen**. Relevante Personen und Einrichtungen klären wir über die besondere
260 Situation intersexueller Menschen auf.

261 Das Asylrecht ist ein Grundrecht und dafür stehen wir. Wir wollen, dass Bayern
262 der besonderen **Schutzbedürftigkeit von queeren Geflüchteten** gerecht wird, die
263 derzeitige Abschiebep Praxis stoppen und uns für ihre sichere Unterbringung
264 einsetzen. In Anhörungen müssen Barrieren beseitigt und das Personal umfassend

265 geschult werden. Wir brauchen eine Landeskoordinierungsstelle zur besseren
266 Vernetzung der speziellen Beratungs- und Hilfsmaßnahmen für queere Geflüchtete.

267 **3.7 Für eine Kulturpolitik der Vielfalt**

268 „Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts.“ Wir stehen für eine
269 neue und innovative Kulturpolitik. Wir wollen die Kulturpolitik öffnen,
270 demokratisieren, transparent gestalten und verlässlich finanzieren. Die
271 besonderen Stärken Bayerns werden wir für die **qualitative Weiterentwicklung des**
272 **kulturellen Lebens** nutzen: die regionale Vielfalt, den kulturellen Reichtum und
273 die Identifikation der Menschen mit Land, Region und Wohnort.

274 Wir stehen für ein **demokratisches Kulturentwicklungskonzept**, das wir gemeinsam
275 mit den Künstler*innen und Kulturschaffenden auf den Weg bringen. Ausgaben für
276 Kunst und Kultur werden wir im bisherigen Umfang aufrechterhalten, sie aber neu
277 gewichten. Wir ersetzen die bisherige Förderpolitik nach „Gutsherrenart“ durch
278 eine verlässliche, planbare und verantwortungsvolle Kulturfinanzierung.

279 Ebenso wichtig wie die **Unterstützung der etablierten Hochkultur** ist für uns die
280 **Förderung von Soziokultur und Film, von freier Literatur-, Theater-, Musik- und**
281 **Tanzszene sowie von neuen Kunstformen wie Digitalkunst**. Wir wollen, dass
282 öffentlich geförderte Kultureinrichtungen und -projekte die Arbeit der
283 Künstler*innen angemessen honorieren und dass der Staat seine Pflicht als
284 Auftraggeber wahrnimmt, etwa durch zusätzliche Gelder für „Kunst am Bau“ und
285 Neuerwerbungen durch seine Museen. Der Abbau des vielfältigen Investitions- und
286 Sanierungsstaus im Kulturbereich hat für uns Vorrang vor neuen Großprojekten.

287 **Demokratische Kulturpolitik**

288 Zur **Demokratisierung der Kulturpolitik** gehört die Stärkung der Vielfalt durch
289 die Verlagerung der Entscheidungen in die Regionen, die Gleichstellung von
290 Frauen und Männern in Kunst und Kultur sowie die interkulturelle Öffnung aller
291 Kultureinrichtungen auch für die Arbeit mit Geflüchteten.

292 Unser Ziel ist, dass alle an Kultur teilhaben können - und zwar unabhängig von
293 ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrem Alter. Die Kultureinrichtungen werden
294 wir barrierefrei ausbauen. Voraussetzung für kulturelle Partizipation ist
295 **kulturelle Bildung**. Dazu werden wir die Kooperation zwischen Kulturschaffenden,
296 Kulturinstitutionen und Bildungseinrichtungen stärken und unterstützen. Die
297 Digitalisierung von Bibliotheken, Kunstwerken, Archivalien und historischen
298 Dokumenten werden wir vorantreiben und online zur Nutzung bereitstellen.

299 Ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik ist die **Erinnerungskultur**, nicht etwa der
300 alleinigen Rückschau wegen, sondern als ein Erinnern in die Gegenwart und
301 Zukunft. Eine immer wieder neu geführte Diskussion über die Frage, wie die NS-
302 Verbrechen, wie die deutsche Kolonialgeschichte und wie deren „Aufarbeitung“
303 unser Selbstverständnis prägen, ist für uns unerlässlich. Die bayerischen
304 Gedenk-, Lern- und Erinnerungsorte werden wir deshalb bedarfsgerecht ausstatten.

305 Mit zukunftsfähigen Ideen und Konzepten werden wir die Entfaltung der Potenziale
306 der **bayerischen Kultur- und Kreativwirtschaft** ermöglichen. Wir werden die
307 Beratung intensivieren und dezentrale Strukturen aufbauen, Aus- und
308 Weiterbildungsangebote zur Professionalisierung unterbreiten, gezielte
309 Förderprogramme auflegen und den Zugang zu Fremdkapital insbesondere für
310 Kulturschaffende und Unternehmen mit geringem Jahresumsatz erleichtern. Auf
311 Bundesebene werden wir darauf hinwirken, dass die Kreativen in die sozialen
312 Sicherungssysteme aufgenommen werden.

313 **3.8 Für eine vielfältige und nachhaltige Medienlandschaft**

314 **Vielfalt und Qualität** zeichnen eine gute Medienlandschaft aus – landesweit
315 ebenso wie auf lokaler Ebene. Qualität meint dabei nicht nur die Inhalte,
316 sondern auch gute Produktionsbedingungen, die Kreativität ohne Selbstausbeutung
317 fördern und soziale sowie ökologische Nachhaltigkeit der Medien- und
318 Filmproduktion garantieren. **Meinungs- und Pressefreiheit** sind für uns
319 Grundpfeiler des demokratischen Zusammenlebens.

320 Unsere Demokratie braucht kompetente Mediennutzer*innen. Wer Fake News nicht
321 erkennt und sich in der Informationsflut im Netz nicht zurechtfindet, fällt
322 leichter auf Blender*innen und Hetze herein. Wir unterstützen deshalb
323 medienpädagogische Angebote und die Förderung der Medienkompetenz für Menschen
324 jeden Alters - dafür sind gut ausgebildete Lehrkräfte die Voraussetzung. Wir
325 finanzieren die technische Ausstattung der schulischen und außerschulischen
326 Bildungseinrichtungen, sorgen für den nötigen Support mit IT-Hausmeister*innen
327 und machen Medienkompetenz zu einem elementaren Teil der pädagogischen
328 Ausbildung für Lehrer*innen und Erzieher*innen. Auch an Volkshochschulen wollen
329 wir Weiterbildungsmöglichkeiten für mehr Digitalkompetenz im Alltag und
330 Arbeitsumfeld ausbauen.

331 Der rasante **Wandel der Medienlandschaft** von Print bis Digital, von Offline bis
332 Online ist eine Herausforderung, bei der wir alle mitnehmen wollen. Besonders
333 die Sozialen Medien erfordern eine klare Haltung bei der Nutzung. Wir machen uns
334 stark für **Menschlichkeit im Netz**. Keine Chance für Hate Speech!

335 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine unerlässliche Stütze für die
336 Demokratie. Wir setzen uns ein für einen qualitativ hochwertigen, sicher
337 finanzierten und transparent wirtschaftenden **öffentlich-rechtlichen Rundfunk**,
338 sowie für **kleine Rundfunksender**, für **Bürger*innenmedien** und für faire
339 Wettbewerbsbedingungen zwischen Privatsendern und dem Bayerischen Rundfunk.
340 Damit das gelingt, wollen wir, dass die Medienaufsichtsgremien die Vielfalt der
341 bayerischen Gesellschaft widerspiegeln. Rundfunk- und Medienrat müssen
342 paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein. Die Gremien müssen jünger
343 werden. Und statt der vielen staatsnahen Mitglieder fordern wir Plätze für neue
344 Gruppierungen wie zum Beispiel LSBTIQ*.

345 Guter Journalismus braucht gute Arbeitsverhältnisse und gute Ausbildung. Wir
346 stehen für **faire Bedingungen für alle Medienschaffenden**: Den **Gender-Pay-Gap**
347 sowohl im Medien- als auch im Filmbereich werden wir schließen, öffentliche
348 Mittel gibt es nur bei gendergerechter Bezahlung. Auf dem Weg zu einer

349 **ökologisch nachhaltigen Medienlandschaft** wollen wir bei der Förderung von
350 Filmproduktionen Anreize für Energie- und Ressourceneinsparung setzen.

351 **3.9 Für eine moderne Drogenpolitik**

352 Nirgendwo in Deutschland sterben so viele Menschen an Drogen wie in Bayern.
353 Deshalb: Schluss mit der repressiven Drogenpolitik, die offensichtlich
354 gescheitert ist. Für uns stehen **Fürsorge und Prävention im Mittelpunkt**. Das ist
355 der Weg, die Zahl der Drogentoten zu senken und eine bessere Versorgung für die
356 Suchtkranken zu ermöglichen.

357 Wir verfolgen eine **ehrliche Drogenpolitik**, die über Risiken aufklärt, einen
358 zuverlässigen Jugendschutz stärkt, Drogenkonsument*innen nicht unter
359 Generalverdacht stellt, sondern ausreichend Maßnahmen bietet, um die Schäden
360 durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren.

361 Wir wollen **Cannabis-Konsument*innen entkriminalisieren**. Deshalb unterstützen wir
362 das Cannabis-Kontrollgesetz. Den straffreien Eigengebrauch von Cannabis in
363 Bayern wollen wir sofort auf 15 Gramm erhöhen. Dieser zeitgemäße Umgang mit
364 Rauschmitteln stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und führt zu Entlastungen
365 bei Polizei und Justiz. Wir haben uns erfolgreich für Cannabis als Medizin
366 eingesetzt, Schmerzpatient*innen können jetzt Cannabis als Kassenleistung
367 verordnet bekommen. Mehr niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sollen Substitution
368 betreiben können, deswegen unterstützen wir den **Ausbau von Therapie- und**
369 **Substitutionsmöglichkeiten**.

370 Für die Bekämpfung des massiven Crystal-Meth-Konsums wollen wir die
371 Zusammenarbeit der Polizei über die Ländergrenzen hinweg verbessern.

372 Kommunen müssen die Möglichkeit haben, **Drogenkonsumräume** einzurichten. Wir
373 wollen auch in Bayern sogenanntes "Drug-Checking".

374 Im Bereich der Prävention fordern wir **zielgruppenorientierte**
375 **Aufklärungskampagnen** für alle Altersgruppen und eine Stärkung der Sozialarbeit
376 an den Schulen, so dass Kinder schon von klein auf in ihrer Persönlichkeit
377 gestärkt werden und lernen „Nein!“ zu sagen. Wir fordern ein sofortiges **Verbot**
378 **von Außenwerbung für Alkohol und Nikotin**.